

---

Presseinformation Nr. 887

---

22. August 2007

---

**OTTO:  
SPD-Medienpolitik ist inkonsequent**

---

*BERLIN. Zu den Anträgen des SPD-Parteivorstandes zur Medienpolitik der Zukunft erklärt der Medienexperte der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO:*

Die Anträge der SPD zur Medienpolitik fußen zum Teil auf dem richtigen Problembewußtsein, sind im Ergebnis jedoch entweder kontraproduktiv oder zu kurz gedacht und halbherzig.

Zwar scheint sich bei der SPD endlich das Bewußtsein durchgesetzt zu haben, dass die zersplitterte und unklare Medienaufsicht und -regulierung ein wachsendes Hemmnis für die weitere Entwicklung der Medienbranche ist. Die Schaffung noch einer zusätzlichen Länder-Medienanstalt neben den 14 bereits bestehenden, ist allerdings abwegig und bildet die Konvergenz der Medien in keiner Weise ab. Wir brauchen kein weiteres Gremium im Land der Gremienweltmeister, sondern eine einheitliche professionelle Aufsicht - und zwar für den gesamten dualen Rundfunk wie auch für die Telekommunikation.

Es ist gefährlich, wenn die SPD dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen größeren Freiraum bei seinen Online-Aktivitäten gewähren will. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss auch im digitalen Zeitalter seinen Funktionsauftrag erfüllen. Eine gebührenfinanzierte kolossale Multimedia-Anstalt gefährdet allerdings den Bestand des dualen Rundfunksystems und verzerrt den Wettbewerb mit den Printmedienhäusern.

Schließlich ist vor gut gemeinten, aber im Ergebnis immer schlechten staatlichen Zwangsbeglückungen bei der Digitalisierung zu warnen. Der Ruf nach mehr Einfluß des Bundeswirtschaftsministeriums ist daher verfehlt. Der Staat muss hier dem Markt folgen - nicht umgekehrt.

Im Hinblick auf die Begrenzung der ausländischen Teilhabe an deutschen Medienunternehmen warne ich vor dem Rückfall in staatlichen Protektionismus. Grundsätzlich ist gegen ausländische Teilhaber nichts einzuwenden. Wichtiger ist vielmehr, effektive Transparenzvorschriften zu

Verantwortlich:  
**DR. CHRISTOPH  
STEEGMANS**

**Telefon**  
(030) 227-52388

**Fax**  
(030) 227-56778

**E-Mail**  
pressestelle@  
fdp-bundestag.de

schaffen, so daß Beteiligungen und damit verbundene Interessen für jeden Bürger sichtbar gemacht werden. In diesem Zusammenhang ist es übrigens geradezu skurril, dass die SPD ausländische Beteiligungen pauschal begrenzen, sich selbst aber weiterhin ungezügelter wirtschaftlicher Betätigung im Mediensektor zubilligen will.